

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 16

Artikel: Die Euros kommen wieder
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094478>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Euros kommen wieder

Er ist wieder da, der Eurokommunismus. Nicht mehr ganz in alter Frische, aber doch aufgefrischt. Nach seiner grössten Blüte von 1976 war er dahingewelkt; unter den repräsentativen Genossen wollten ihn nur noch die Spanier und die Italiener als Banner hochhalten, und selbst da gab es Ausfransungen. Was belebt ihn heute wieder? Der Fall Polen und insbesondere der Eventualfall einer sowjetischen Gewaltlösung.

Der Drohbrief der sowjetischen Parteiführung an die Polen vom Juni hat verschiedene KPs im Westen zu einem eurokommunistischen Reflex gebracht: sie raten den Sowjets jetzt öffentlich von einer Intervention ab. Was die Kontroverse über den richtigen Sozialismus auch sonst zum Traktandum macht. Sie ist wieder in Gang gekommen.

Aber auch wegen der jeweiligen *nationalen Faktoren*.

★★★

In *Spanien* ist das Schlagwort von den «Neo-Eurokommunisten» gefallen. Doch gemeint ist damit bloss eine innerparteiliche Fraktion.

Am letzten KP-Kongress stand nämlich Parteichef Santiago Carrillo, international beglaubigter Vertreter des «offiziellen» Eurokommunismus, dem gegensätzlichen Ansturm des «liberalen» und des «dogmatischen» Flügels gegenüber. Beide waren sich nur darin einig, dass es in diesem Stil abwärts gehe mit der Partei. Tatsächlich hat diese in den letzten beiden Jahren 100 000 Mitglieder verloren, die Hälfte ihres Bestandes. Die meist prosovjetschen «Dogmatiker» führen das auf Laschheit nach innen und Verrat am Internationalismus nach aussen zurück. Die liberalen Neo-Euros verlangten im Gegenteil mehr demokratische Erneuerung. Sie haben Angst, dass die Kommunisten sonst von den Sozialisten so überrundet werden wie die Genossen in Frankreich, und wollen dem lieber mit einer sozusagen parteiinternen Mitterrandisierung zuvorkommen.

Carrillo konnte diesen Widersprüchen mit seiner eigenen Linie begegnen. Sie besteht darin, dass er das Prinzip der Befehlszentrale für den Weltkommunismus verneint, für seine eigene Partei aber bejaht. Die Sowjets können sich an diesem Beweis von Parteidisziplin nicht freuen, weil er auf ihre Kosten geht. Nachdem die spanische KP einen sowjetisch unterstützten katalanischen Sezessionsversuch abgewehrt hat, ist sie den sowjetischen Einheitsansprüchen gegenüber sicher nicht freundlicher geworden.

★★★

In *Frankreich* hat die KP wieder ein paar eurokommunistische Positionen eingenommen, die sie zuvor gründlich aufgegeben hatte, weil sie Moskauer Kurs segelte. Aber hier braucht man keine Gründe für den neuerlichen Wandel zu suchen, denn es gibt ihn nicht. Es gibt nur den Preis für die Regierungsbeteiligung.

Für vier Ministerien hat sich die KPF bereit erklärt, zusammen mit den Sozialisten den Abzug der Sowjettruppen zu verlangen, eine anerkennende Floskel für die israelisch-ägyptischen

Abkommen von Camp David auszusprechen und dann eben auch den Wunsch zu äussern, dass das polnische Volk selbständig den «angefangenen Prozess der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demokratischen Erneuerung» zu Ende führen möge. Lügen wird man wohl noch dürfen, wenn man leninistisch ist.

Nach ihrer überaus grossen Wahlniederlage (44 Parlamentssitze statt der vorherigen 86) hat sich die KPF trotzdem bei den Siegern etabliert. Die grosse Wichtigkeit für Frankreich liegt im Machtwechsel insgesamt. Die Auswirkung der Verstaatlichungen beispielsweise kommt vor der Auswirkung eines wiederentdeckten eurokommunistischen Vokabulars. Vielleicht führt gelegentlich eine Wirtschaftspleite zum Auseinanderbrechen der Koalition, und dann wird man sehen, was von den Worten übrig bleibt. In der Zwischenzeit sind sie immerhin den sowjetischen Bemühungen hinderlich, vorsorglich westliches Verständnis für östliche Disziplinierung zu schaffen.

★★★

Vorsorglich und öffentlich vor einer Sowjetintervention gewarnt haben die KPs von *Belgien Holland und Grossbritannien*.

Wie unabdingbar ihr Einspruch gegen eine gewaltsame sowjetische Einmischung ist, bleibt bei näherem Zusehen allerdings weniger klar, als man zunächst annimmt. Die Parteien legen nämlich dar, die Gefahr der Konterrevolution in Polen sei nicht so gross, dass die PVAP ihrer nicht Herr zu werden vermöchte. Mit dieser Versicherung werden die sowjetischen Drohungen als unangebracht zurückgewiesen. Was aber, wenn die Konterrevolution *doch* siegen sollte? Aufgepasst auf das Hintertürchen!

★★★

Demgegenüber ist in *Italien* die eurokommunistische KPI über ihre frühere Position sogar noch hinausgewachsen. Sie polemisiert im polnischen Zusammenhang mit der KPdSU nicht nur kräftig über die Auffassungen von «Konterrevolution» und «sozialistischer Erneuerung», sondern hält zusätzlich und ausdrücklich fest:

«Indem sie sich an die Spitze der Erneuerung stellen, sind die polnischen Kommunisten darin engagiert, ihre Rolle als führende Kraft der Gesellschaft zurückzugewinnen. Aber selbst wenn dem nicht so wäre, selbst wenn sie tatsächlich Schritt für Schritt den Boden ihren Feinden überliessen, selbst in diesem Falle ist nicht einzusehen, weshalb aus andern Ländern nicht bloss — was durchaus legitim ist — Kritik, Vorhaltungen und Ratschläge kommen sollten,

sondern auch Interventionsdrohungen.» (Adriano Guerra in «Rinascita», 19. 6. 1981)

Zwischen KPI und KPdSU ist es bezüglich Polen zu einem öffentlichen Schlagabtausch in den jeweiligen Parteipublikationen gekommen. Die eurokommunistischen Positionen in Italien sind um so viel militanter geworden.

★★★

In *Japan* lässt es die KP über die Interpretationspolemiken hinaus sogar auf den Krach mit den Sowjets ankommen, nachdem sie vor zwei Jahren einen Versöhnungskurs eingeschlagen hatte.

Die aussereuropäischen Euros waren in ihren Unabhängigkeitsmanifestationen gegenüber der Sowjetunion schon früher überaus explizit gewesen (es hatte sowjetisch gelenkte Parteikomplotte gegeben, und nationale Motive wie die Kurilen-Frage spielten immer eine Rolle); jetzt sind sie es womöglich noch mehr geworden.

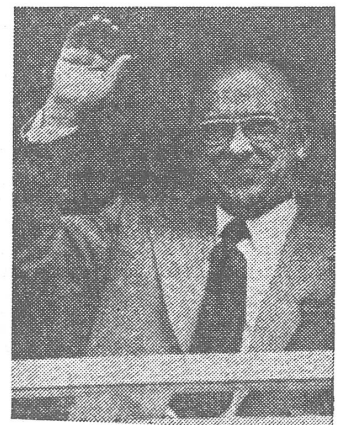
Den letzten Umschwung nach einem relativen Honigmond bewirkte 1980 die Sowjetinvasion nach Afghanistan, und wegen Polen hat dann die Auseinandersetzung KPJ-KPdSU kräftig eskaliert. Die Japaner veröffentlichten einen Brief der sowjetischen Parteiführung (als vertrauliches Dokument unter Genossen gemeint) und verdonnerten ihn vor aller Welt mit einer 30seitigen Antwort.

Und die japanischen Kommunisten taten noch mehr als irgendwelche geographisch echte Euros: Sie schickten der polnischen Parteiführung eine Botschaft in ausdrücklicher Unterstützung gegen die (sowjetischen) Interventionsdrohungen. Das Schreiben begann so:

«Alarmiert durch die schwerwiegenden Anzeichen verstärkter Drohungen mit ausländischer Intervention gegen das sozialistische Polen verurteilen wir entschieden jeglichen Interventionsversuch und grüssen euch in internationalistischer Solidarität mit euren Bemühungen (...), das Recht des polnischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung hochzuhalten, das sozialistische Polen zu verteidigen (...).» («Tokyo News Service», 10. 6. 1981)

★

Die Polen durften das nicht quittieren. Denn sie müssen nach wie vor an die sowjetische Quittung denken. ■



Eurokommunist Santiago Carrillo: Neo-Eurokommunismus wäre zuviel.